

Überregionales

Überparteiliches Aargauer Komitee «Nein zur Burka-Initiative» gegründet

Details

Veröffentlicht: 16. Februar 2021

(pd) Ein breit abgestütztes, überparteiliches Aargauer Komitee hat sich zum Widerstand gegen die Initiative «Ja zum Verhüllungsverbot» («Burka-Initiative») formiert. Dem Co-Präsidium des Komitees gehören führende Vertreter von SP, Grünen, FDP, **Aargauischer Industrie- und Handelskammer (AIHK)** und ArbeitAargau an. Zahlreiche Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft sind Mitglied im Komitee. Das Nein-Komitee lehnt die Initiative ab, da sie bereits vorhandene Regeln ignoriert und gesellschaftliche Spannungen zusätzlich schürt.

Die über 50 Mitglieder des Komitees sind sich einig, dass Kleidervorschriften nicht in die Bundesverfassung gehören. Staatliche Kleidervorschriften stehen in starkem Widerspruch zu der liberalen Gesellschaftsordnung der modernen Schweiz. Überdies ist die Initiative nicht zielführend, da sie lediglich ein Scheinproblem aufgreift.

Keine Verfassungsänderung wegen eines Randphänomens

Frauen mit einer Ganzgesichts-Verhüllung sind in der Schweiz sehr selten anzutreffen, meistens handelt es sich um Touristinnen, die vorübergehend in der Schweiz weilen sowie um Schweizerinnen, die zum Islam konvertiert sind. Ein schweizweites Verbot mittels Verfassungsartikel hält das Nein-Komitee für unverhältnismässig. Überdies wäre es ein Angriff auf den Föderalismus. Heute können die Kantone selber regeln, ob sie ein generelles Verhüllungsverbot einführen möchten – so geschehen in den Kantonen St. Gallen und Tessin – oder eben nicht, wie es der Kanton Glarus beschlossen hat. Die Initiative würde – nicht wie von den Initianten behauptet – hierzu keine einheitliche Schweizer Lösung herbeiführen. Die Durchsetzung obliegt in jedem Fall weiterhin den Kantonen, was zu ganz unterschiedlichen Handhabungen führen würde, etwa im Bereich der Ordnungsbussen.

Griffige Regeln bereits vorhanden

Gemäss geltendem Recht macht sich bereits heute jemand in der Schweiz strafbar, wenn er jemanden dazu zwingt, sich zu verschleiern. Das sogenannte Nötigungsverbot, das im Strafgesetzbuch geregelt ist, geht sogar weiter als die Burka-Initiative. Es bezieht sich auf alle Lebensbereiche, nicht einzig auf die Kleiderfrage.

Initiative ist kontraproduktiv – Gegenvorschlag packt Probleme gezielt an

Mit der Initiative soll der Unterdruck von Frauen entgegengewirkt werden, so die Initianten. Es wird eher das Gegenteil eintreffen. Frauen, die eine Verschleierung tragen, werden die Öffentlichkeit meiden und so aus dem gesellschaftlichen Leben abgedrängt. Bundesrat und Parlament haben einen Gegenvorschlag erarbeitet, der bei einer Ablehnung der Initiative automatisch in Kraft tritt. Er sieht vor, dass Behörden von Personen verlangen können, ihr Gesicht zu zeigen, wenn dies für eine Identifizierung notwendig ist, beispielsweise auf Arbeitsstellen oder im öV. Nichtbefolgen wird mit Busse bestraft. Dies ermöglicht den Handlungsbedarf dort, wo er tatsächlich vorhanden ist. Bei einem Nein zur Initiative tritt der Gegenvorschlag automatisch in Kraft.

Stimmen aus dem Nein-Komitee

Thierry Burkart, Ständerat (FDP): «Es gilt, Probleme zu lösen und nicht Symbolpolitik zu betreiben. Mit einem Nein zur Burka-Initiative wird der Weg frei für den griffigen Gegenvorschlag.»

Gabriela Suter, Nationalrätin und Parteipräsidentin SP Aargau: «Die Initiative für Kleidervorschriften in der Bundesverfassung bringt nichts und macht die Opfer zu Täterinnen. Der indirekte Gegenvorschlag hingegen, der bei Ablehnung der Initiative automatisch in Kraft tritt, verpflichtet den Bund, sich national und international mit Integrations- und Förderprogrammen für die Gleichstellung von Frauen zu engagieren. Deshalb sage ich Nein zur untauglichen Initiative.»

Daniel Hölzle, Grossrat und Parteipräsident Grüne Aargau: «Die Burka-Initiative ist reine Stimmungsmache gegen die muslimische Mitbevölkerung und löst keine Probleme. Wir sind gut beraten auf unseren liberalen Gesellschaftsidealen zu beharren und diese nicht unnötig aufzugeben.»

Lukas Pfisterer, Grossrat und Parteipräsident FDP Aargau: «Die Initiative verbietet auch Verkleidungen als Sport-Maskottchen oder Globi-Auftritte an Kindergeburtstagen. Sie ist unsinnig. In einem freien Land soll sich der Staat nicht in Kleidervorschriften einmischen.»

Harry Lu tolf, Grossrat Die Mitte: «Diese Vorlage ist ein Eigengol: neu macht mich die Jux-Maske zum Straftäter.»

Beat Flach, Nationalrat GLP: «Unsere Polizistinnen und Polizisten haben weiss Gott besseres zu tun, als nach Frauen zu suchen, die eine Gesichtverschleierung tragen!»

Irène Kälin, Nationalrätin Grüne und Präsidentin ArbeitAargau: «Uns sind Gleichstellung und Frauen*rechte ein echtes Anliegen. Deshalb engagiert sich für ArbeitAargau für Lohngleichheit, für familienergänzende Tagesstrukturen, für anständige Mindestlöhne und die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Das bringt die Gleichstellung voran. Burkas hingegen haben mit der Gleichstellung in der Schweiz nichts zu tun. Denn wir haben in der Schweiz keine Burkas – mit ganz, ganz wenigen Ausnahmen.»

Peter Gehler, Vizepräsident Aargauische Industrie- und Handelskammer (AIHK): «Die Schweiz als international vernetztes Land ist in der Lage, mit verschiedenen Kulturen umzugehen. Eine Kleidervorschrift grenzt aus und gehört definitiv nicht in unsere Bundesverfassung.»